Mail: <u>initiative_layeconde@yahoo.de</u> www.initiativelayeconde.noblogs.org Pressekontakt: Tel. 0151-22045864

Medien-Information vom 06.01.2014

9. Todestag von Laye Condé – Gedenkkundgebung am 7.01.14 um 17.30 h, Landgericht Initiative fordert Bremer Politik auf, sich zu entschuldigen und das 'System Brechmittelvergabe' insgesamt als Fehler einzuordnen

Aus Anlass des 9. Todestages und nach Einstellung des sog. Brechmittelprozesses fordert die *Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé* die verantwortlichen Bremer Politiker auf, sich endlich öffentlich für die Tötung durch Brechmittel zu entschuldigen und deren Vergabe in über 1000 Fällen durch die Bremer Polizei als Missachtung der Menschenwürde und damit als fehlerhaftes, weil menschenrechtsverletzendes staatliches Handeln einzuordnen.

Alle Verantwortlichen – insbesondere aus dem Innen- und Justizressort, aber auch aus der Bremer Justiz – sind gefordert, an der politisch-gesellschaftlichen Aufarbeitung der Folgen der staatlich befürworteten Beweissicherungsmethode mitzuwirken.

Nach Abschluss des neunjährigen Gerichtsverfahrens ohne Schuldspruch steht die politische Aufarbeitung der Beweissicherungsfolter erst am Anfang. Die Entschuldigung des Bremer Polizeipräsidenten im Rahmen einer Pressekonferenz kam neun Jahre zu spät – aber immerhin kam sie überhaupt. Die politisch Verantwortlichen hingegen sind der Familie und der Öffentlichkeit ein Zeichen der expliziten Verantwortungsübernahme und des Fehlereingeständnisses bis heute schuldig geblieben.

Die *Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé* fordert nach dem – unbefriedigenden – Abschluss des Gerichtsverfahrens Justizsenator Günthner, den Innensenator und ehemaligen Staatsrat der Justiz, Ulrich Mäurer, sowie Bürgermeister Böhrnsen auf, sich öffentlich und in einem würdevollen Rahmen bei der Familie des getöteten Laye Condé zu entschuldigen und die Hinterbliebenen zu diesem Zweck nach Bremen einzuladen.

Um ein dauerhaftes, würdevolles Gedenken an den Umstand zu gewährleisten, dass in Bremen ein Mensch durch staatliches Handeln um sein Recht auf Leben gebracht wurde, fordert die Initiative außerdem ein Denkmal für Laye Alama Condé an einer zentralen Stelle in der Stadt.

»Ohne staatliches Zutun würde Laye Condé heute noch leben. Um für diese Tatsache und das Wissen darum die politische Verantwortung zu übernehmen, braucht es in Bremen ein über die Zeit bleibendes, deutliches Zeichen für die Zukunft. Unserer Ansicht nach wäre ein dauerhaftes Denkmal ein solches Zeichen,« so Volker Mörchen von der *Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé*.

Darüber hinaus fordert die Initiative eine öffentliche Entschuldigung bei allen über 1000 Betroffenen aus Bremen, die aufgrund der 13 Jahre währenden Vergabe von Brechmitteln gesundheitliche Schädigungen und Traumatisierungen davongetragen haben. Volker Mörchen dazu: »Unserer Ansicht nach ist die Bremer Politik den Betroffenen der über 1.000 Brechmitteleinsätze etwas schuldig.«

Die Begleichung dieser Schuld muss wohl symbolisch bleiben, da die Brechmittelvergabe mit ihren gesundheitsschädlichen, traumatisierenden und tödlichen Folgen nicht zurückgenommen werden kann. Ein öffentliches Eingeständnis von den politisch Verantwortlichen aber, dass die Brechmittelpraxis insgesamt und von Anfang an ein Fehler war, könnte diese Leerstelle der Verantwortung im Ansatz füllen.

Die Brechmittelfolter ist *ein* Beispiel rassistischer Polizeigewalt. Am selben Tag wie Laye Condé, am 7. Januar 2005, wurde Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau verbrannt. Neun Jahre nach seinem Tod ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen Mordes. Neben seiner Tötung wird es bei der morgigen Gedenk-Kundgebung auch um Racial Profiling sowie gewalttätige Übergriffe von Polizeibeamten im Zuge von rassistischen Polizeikontrollen gehen.

Die Initiative fordert schlussendlich Aufklärung darüber, ob in dem von der Initiative zur Anzeige gebrachten Verdacht der uneidlichen Falschaussage durch Henning Scherf vor Gericht von der Staatsanwaltschaft Bremen überhaupt in der Sache ermittelt und wenn ja, ob und wann ein Verfahren aufgrund dieses durch mehrere Beweismittel belegten Verdachts eröffnet wird.